



derStandard.at/Cartoons

Trump-Faktor in Europas Wahlen

Der US-Präsident inspiriert Le Pen und Wilders – und kann sie auch schwächen

Eric Frey

Die Mehrheit der europäischen Medien, Öffentlichkeit und politischen Klasse hält Donald Trump für verrückt oder brandgefährlich. Aber für eine starke Minderheit ist der US-Präsident Vorbild und Inspiration. Sowohl Marine Le Pen in Frankreich als auch Geert Wilders in den Niederlanden folgen mit ihren Wahlversprechen dem Kurs, den Trump für die USA vorgegeben hat: Nationalismus, Abschottung gegenüber Ausländern, Aufrüstung der Sicherheitskräfte, Protektionismus und neue Jobs für die frustrierte Arbeiterschaft. Auch sie wollen aus überstaatlichen Verträgen und Organisationen – vor allem dem Euro und der EU – ausbrechen und rufen frei nach Trump „Frankreich zuerst“ bzw. „Niederlande zuerst“. Und ihre Erfolgchancen sind auch mit dem Schicksal des Aufrührers im Weißen Haus verknüpft.

Le Pen, die am Sonntag ihr Wahlprogramm für die Präsidentenwahl im April präsentiert hat, und Wilders, der sich Mitte März den Wählern stellt, haben trotz ihres Vorsprungs in den nationalen Umfragen geringe Chancen auf eine Teilhabe an der Macht. Denn Len Pen müsste sich in der Stichwahl gegen einen Kandidaten durchsetzen, der auf eine breite Allianz der Front-National-Gegner zählen kann. Und Wilders steht, selbst wenn seine PVV in einem zersplitterten Parlament Erste wird, ohne Koalitionspartner da. Dazu ist seine Anti-Islam-Politik zu radikal, sein Stil zu brachial.

Ebenso wie Trump schlägt Le Pen und Wilders in ihrer Heimat eine fast einhellige Ablehnung der gebildeten Eliten entgegen. Denn ihre Programme sind in sich widersprüchlich, undurchführbar oder riskant. Auch wenn Le Pen sich ein Schlupfloch bei ihrem Ruf nach einem Frexit lässt und einen undefinierten „Ecu“ als Euro-Ersatz vorschlägt, würde ihr Wahlsieg das Ende der EU einläuten, mit dramatischen Folgen für den Kontinent. Und Wilders gibt sich mit programmatischen Details erst gar nicht ab. Ihm reichen 140 Twitter-Zeichen für seine Botschaften.

Aber ebenso wie Trump sprechen beide weitverbreitete Emotionen im Wahlvolk an: Verunsicherung durch Migration und Flüchtlingsströme, Angst vor einer ungewissen wirtschaftlichen Zukunft, Misstrauen gegenüber allen Institutionen und eine

Sehnsucht nach einer imaginären Vergangenheit, die von nationaler Größe geprägt war. Das kann sich – das haben die US-Präsidentenwahlen und das britische Brexit-Referendum gezeigt – am Wahltag als stärker erweisen als alle Sachargumente.

Ein mögliches Gegenmittel sind charismatische Politiker, die Begeisterung mit Vernunft verbinden. In Frankreich wird dies derzeit am ehesten Emmanuel Macron zugetraut. In Deutschland ist es unsicher, ob der Zulauf für den neuen SPD-Chef Martin Schulz nicht nur Angela Merkel, sondern auch die AfD Stimmen kosten kann.

Aber ein weiterer Faktor sind die Entwicklungen in Washington. Wenn Trump in den nächsten Wochen seine Regierungsarbeit in den Griff bekommt und zumindest Scheinerfolge verkünden kann, dann nützt das auch seinen europäischen Freunden. Hält das Chaos allerdings an und setzt auch bei Trump-Anhängern Enttäuschung ein, dann wird es Europas Rechtspopulisten schwerer fallen, sich als Hoffnungsträger zu verkaufen. Und selbst im nächsten österreichischen Wahlkampf wird es für die FPÖ eine Rolle spielen, ob andere populistische Heilsbringer hochfliegen oder abstürzen.

KOPF DES TAGES

Der „sogenannte“ Richter, der Trump Grenzen aufzeigte

James Robart hatte wohl geahnt, was auf ihn zukommen würde: Seine Aufgabe sei es nicht, „die Weisheit politischer Entscheidungen“ zu beurteilen, sondern nur, ob diese legal seien, sagte er, als er am Freitagabend mit gestreiftem Mascherl und in schwarzer Robe zum Urteil schritt. Geholfen hat es dem 69-jährigen Bundesrichter freilich nicht. Es dauerte nur wenige Stunden, bis US-Präsident Donald Trump den Juristen via Twitter als „sogenannten Richter“ angriff, dessen Entscheidung, die Einreiseperrn für Bürger von sieben mehrheitlich muslimischen Ländern vorerst rückgängig zu machen, die Vereinigten Staaten für „potenzielle Terroristen“ öffne.

Dabei eignet sich Robart auf den ersten Blick nicht gut als eines jener Feindbilder auf der Richterbank, die republikanische Politiker sonst gerne als „aktivistische Richter“ brandmarken, wenn sie mit ihren Entscheidungen nicht zufrieden sind. Immerhin wurde Robart im Jahr 2003 vom republikanischen Präsidenten George W. Bush als Bundesrichter nominiert und im Senat von allen anwesenden Abgeordneten mit 99 zu null Stimmen bestätigt. In der *New York Times* beschreiben ihn Kollegen als einen „Mainstream-Republikaner“, der



James Robart ordnete den vorläufigen Stopp der US-Einreiseperrn an.

Foto: AFP

durchaus auch zu harten Urteilen greife, wenn das Gesetz sie nötig mache. Im *Guardian* nennt ihn ein Freund „relativ apolitisch“, er sei vor allem „am Gesetz und an Fairness“ interessiert.

Die konservative Lebenssicht, die Robart an den Tag legt, schränken beide Zeitungen ein, müsse man in die relativ liberale republikanische Tradition des Staates Washington einordnen. Und tatsächlich hat sie Robart in den vergangenen Jahren schon mehrfach zu Urteilen geführt, die der Weltsicht Trumps entgegenstehen dürften. Als er vor einigen Jahren etwa über ein Gesetz zu urteilen hatte, das staatliche Gelder für Kinder mit Behinderung gestrichen hätte, kam er zu dem Schluss, dass „in der Balance zwischen Budgetsorgen und vermeidbarem menschlichem Leid“ die Vermeidung des Letzteren Vorrang habe. Und bei einer Anhörung zu Fällen tödlicher Polizeigewalt nahm er den Protestslogan „Black Lives Matter“ in den Mund.

Auch privat setzt er auf soziales Engagement, gemeinsam mit seiner Frau hat er sechs Pflegekinder großgezogen. Als Anwalt vertrat er kostenlos Klienten, die nach seinen Worten „den Eindruck hatten, dass der Rechtsstaat gegen sie manipuliert sei“. Dass dieses Angebot auch für Präsidenten gilt, ist aber unwahrscheinlich. *Manuel Escher*